

Wer profitierte vom Aufschwung?

Gustav Horn, Camille Logeay, Rudolf Zwiener

Deutschlands Wirtschaft befindet sich am Ende eines dreijährigen Konjunkturaufschwungs. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist in dem Zeitraum um 7 % gestiegen, die Beschäftigung nahm um gut 2 % zu und die Zahl der Arbeitslosen ging um gut 700 000 Personen zurück; eine Entwicklung, die durchaus vergleichbar ist mit dem vorherigen Aufschwung. Im Unterschied zu früheren Zyklen sind jedoch die Einkommen der privaten Haushalte preisbereinigt kaum gestiegen. Damit haben insbesondere die Arbeitnehmerhaushalte, deren wesentliche Einkommensquelle das Arbeitseinkommen ist, bislang insgesamt nicht von der Aufwärtsdynamik profitiert.

Im Folgenden soll mit Hilfe von ökonometrischen Simulationen der Frage nachgegangen werden, warum dies so ist. Insbesondere sollen die Faktoren identifiziert werden, die verhindert haben, dass ein starker realer Einkommenszuwachs entsteht. Es stellt sich heraus, dass das Zurückbleiben der Lohnentwicklung hinter der Produktivität und der Inflation von erheblicher Bedeutung ist. Dies wurde auch nicht durch einen entsprechend höheren Beschäftigungszuwachs ausgeglichen. Auch der Staat hat durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer in erheblichem Umfang zur schwachen Einkommensdynamik beigetragen.

Kein normaler Konjunkturaufschwung

Ein erster Analyseschritt besteht in der Datierung der Aufschwungphasen. Deren Beginn und Ende ist in der Regel nicht eindeutig definiert. Folgt man einem Ansatz, der Zyklen anhand der Variation von Wachstumsraten definiert (Horn/Rietzler 2007, Kasten), ergibt sich in Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat (SVR 2007) als Beginn des derzeitigen Aufschwungs das 4. Quartal 2004. Uneinheitlicher ist dagegen die Datierung des Anfangs des vorangegangenen Aufschwungs, der für den Zyklenvergleich benötigt wird. Je nach Filterungstechnik liegt sein Beginn zwischen 1997 und 1999. Die Einteilungen sind aber letztlich sehr ähnlich und die Ergebnisse bleiben robust, unabhängig davon, welche Datierung man verwendet. Nimmt man eine mittlere Position ein und geht von einem Anfang im zweiten Quartal 1998 aus, dann zeigt sich auf den ersten Blick eine überraschende Parallelität des jetzigen mit dem vorangegangenen

Aufschwung (Abbildung 1). Beide zeigen eine ähnliche Entwicklung und exakt die gleiche Stärke beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt nach elf Quartalen.

Abbildung 1

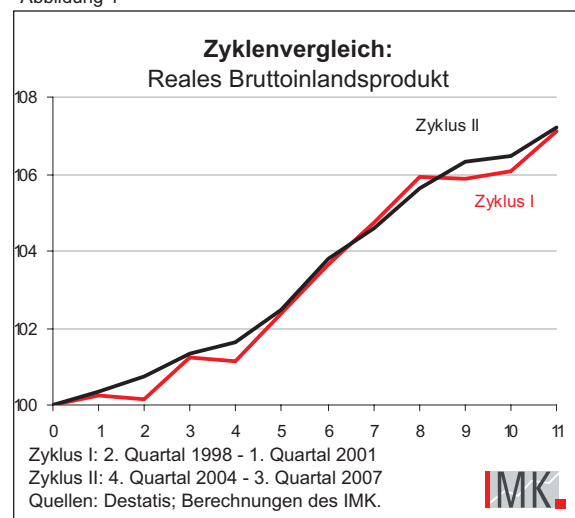


Abbildung 2



Dies erlaubt einen sehr guten Vergleich der anderen Größen. Gibt es Abweichungen gegenüber dem vorangegangenen Zyklus, kann es nicht am Wachstum selbst liegen, sondern muss andere Ursachen haben. Der vorherige Aufschwung war allerdings nach elf Quartalen zu Ende, der Endpunkt des jetzigen Aufschwungs ist im Prinzip noch offen. Allerdings mehren sich die Anzeichen, dass auch Deutschland von der Krise auf den Finanzmärkten und der konjunkturellen Abschwächung in den USA getroffen wird und damit der Aufschwung zumindest gefährdet ist.

Schaut man sich die Struktur des derzeitigen Zyklus an, dann überrascht allerdings dessen starke außenwirtschaftliche Prägung (Abbildung 2). Die konjunkturelle Dynamik rührt fast ausschließlich vom Export (+ 31 %) her, während die reale Inlandsnachfrage nur wenig zunahm (+ 4 %). Im vorigen Aufschwung war die Exportdynamik auch sehr stark, allerdings war die Binnenkonjunktur deutlich kräftiger als in diesem Aufschwung. Auf den ersten Blick ist erstaunlich, dass derzeit der Funke nicht auf die Binnenwirtschaft übergesprungen ist. Zwar stiegen die Ausrüstungsinvestitionen etwa genau so stark wie im vergangenen Zyklus (Horn/Rietzler 2007), der private Verbrauch blieb mit einem Zuwachs von lediglich 1 % jedoch weit unter seiner üblichen Dynamik. Im vorigen Zyklus stieg er noch um gut 7 % – also genauso stark wie das Bruttoinlandsprodukt.

Der Grund hierfür liegt in der Einkommensentwicklung. Insgesamt stagnierte das preisbereinigte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in diesem Aufschwung. Damit hat der Begriff Konjunkturaufschwung eine neue Qualität: Wachstum ohne Einkommenszuwachs. Die wirtschaftliche Leistung nimmt deutlich zu, doch bei der Mehrzahl der privaten Haushalte, insbesondere der Arbeitnehmerhaushalte, steigen die Realeinkommen nicht. Noch im vorigen Aufschwung hatte das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte immerhin um 7 % zugenommen und legte damit im Einklang mit dem Wirtschaftswachstum zu.

Um die Wurzel der Einkommensstagnation zu erkennen, sollen im Folgenden drei Komponenten des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte näher betrachtet werden: die Nettolohn- und Gehaltssumme, die Transfers und die verteilten Gewinne und Vermögenseinkommen. Alle drei Komponenten werden mit dem Deflator des privaten Konsums bereinigt, um ihre reale Entwicklung darstellen zu können. Anschließend werden sie mit ihrer jeweiligen Entwicklung im vorherigen Aufschwung verglichen (Abbildung 3).

Die Ergebnisse zeigen, dass in diesem Aufschwung die realen Nettolohneinkommen aller Be-

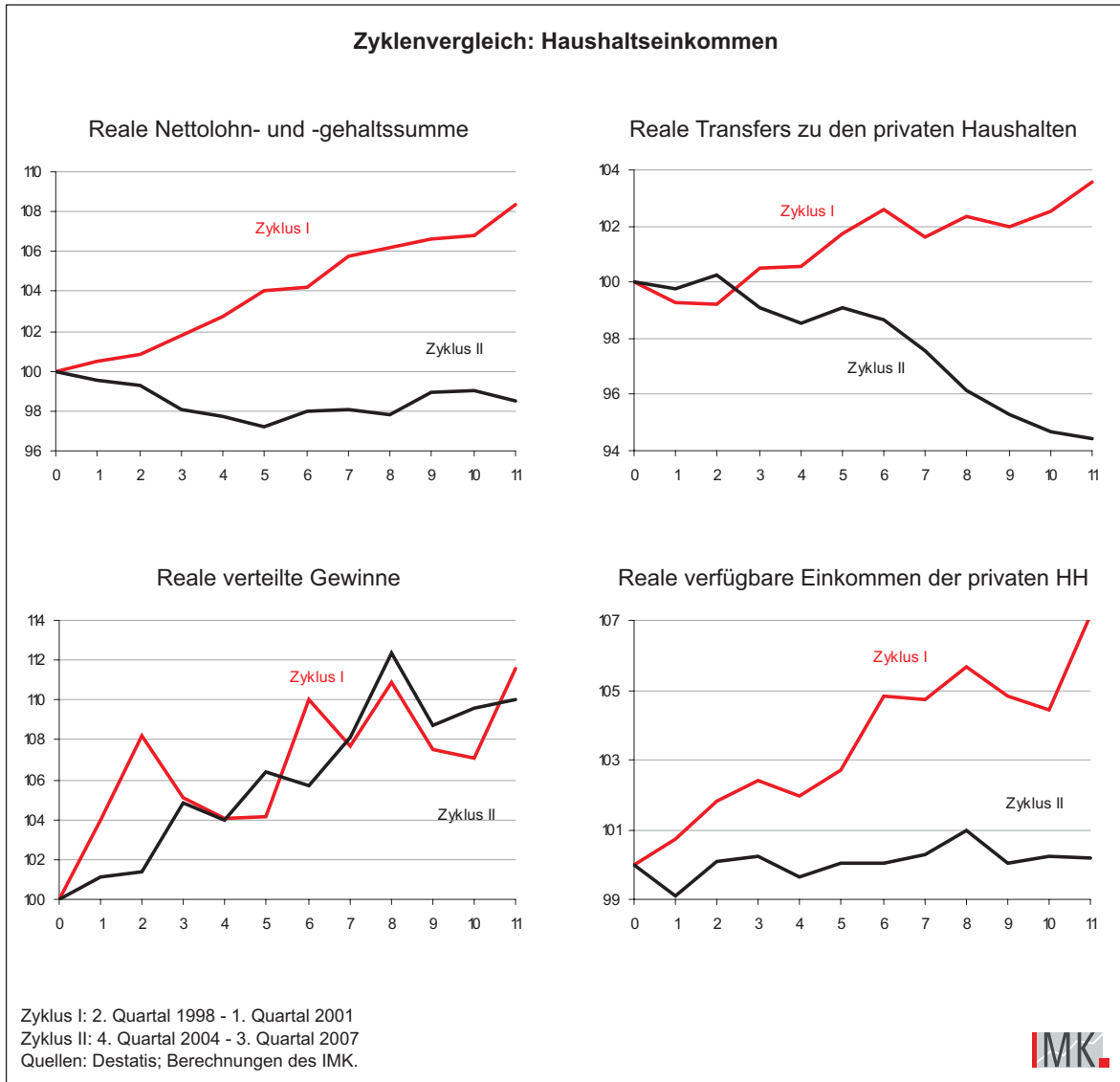
schäftigten zusammen sogar leicht zurück gingen (-1,5 %). Im vorherigen Aufschwung hatten die Beschäftigten dagegen noch einen realen Zuwachs von gut 8 % für sich verbuchen können. Noch gravierender waren allerdings die Auswirkungen bei den Transferempfängern. Die realen Transfers an die privaten Haushalte sind in diesem Aufschwung um fast 6 % zurückgegangen. Im vorigen Aufschwung waren sie noch um knapp 4 % gestiegen. Dahinter verbergen sich die Nullrunden bei den nominalen Renten, stagnierende nominale Leistungen bei Kindergeld, BAföG und anderen staatlichen Leistungen. Nur zu einem geringen Teil hat auch die niedrigere Arbeitslosenzahl dazu beigetragen.

Außerordentlich gut verlief dagegen die Entwicklung der realen verteilten Gewinne und Vermögenseinkommen. Dabei muss sogar berücksichtigt werden, dass nicht alle Gewinne ausgeschüttet werden; ein Teil verbleibt im Unternehmen. Auch darf nicht übersehen werden, dass sich in diesem Kreis etliche Ein-Personen-Unternehmen und andere Selbstständige befinden, die nicht von dieser Entwicklung profitierten. Umso höher fielen die Einkommenszuwächse der anderen aus. Als direkte Folge der geringen Lohnsteigerungen sind die Gewinne der Unternehmen geradezu explodiert. Sie stiegen in den elf Quartalen dieses Aufschwungs um 25 %. Im vorigen Aufschwung war es nur ein Zuwachs von gut 5 % (siehe Abbildung 5, S.8). Letztlich konnte der Aufschwung von den Unternehmen für eine massive Umverteilung zu ihren Gunsten genutzt werden. Und das, obwohl das Ausland bei leicht rückläufigen *Terms of Trade* und der Staat mit seinem Defizitabbau reduzierend auf Gewinne und Nachfrage gewirkt haben. Letztlich waren die Unternehmen bei guter Konjunktur nicht gezwungen, die geringen Arbeitskostensteigerungen vollständig in den Preisen weiterzugeben und diese – bei Einrechnung der Produktivitätsfortschritte – entsprechend zu senken.

Bei dieser Entwicklung von Löhnen und Gewinnen erhöhte sich die Gewinnquote weiter deutlich. Schwankte sie im letzten Aufschwung noch um einen Anteil von 29 % am Volkseinkommen, erhöhte sie sich in diesem Aufschwung von 32 % auf 36 %. Im gleichen Ausmaß, wie die Gewinnquote gestiegen ist, ist die Lohnquote in diesem Aufschwung gesunken.

Das bedeutet, der Zuwachs an Wirtschaftsleistung in diesem Aufschwung ist bisher allein den Beziehern von Gewinneinkommen und Vermögen zu Gute gekommen. Bei den Vermögensbesitzern handelt es sich um eine relativ kleine Gruppe in der Bevölkerung. Zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung hat kein oder nur geringes Vermögen, während das reichste Zehntel

Abbildung 3



knapp 60 % besitzt (Grabka/Frick 2007). Zwar verfügt auch ein Teil der Arbeitnehmerhaushalte über Kapitaleinkommen oder Aktienbesitz, für die große Mehrheit ist jedoch der Arbeitsverdienst die dominierende Einkommensquelle.

Mehr Beschäftigung – weniger Beschäftigte

Die schwache Einkommensentwicklung ging nicht mit einer besonders starken Beschäftigungstendenz einher. Über einen Zeitraum von elf Quartalen hat das Arbeitsvolumen in beiden konjunkturellen Aufschwüngen ähnlich stark zugenommen, wobei der Anstieg in diesem Aufschwung etwas höher (1 Prozentpunkt mehr) ist und erst später eintrat. Trotzdem fiel der Arbeitsplatzaufbau in diesem Aufschwung deutlich geringer aus (rund 0,6 Mio. Personen weniger; siehe

Tabelle 1). Die Komponenten der Erwerbstätigkeit lassen dabei Verschiedenes erkennen: Während die Selbstständigkeit in diesem Zyklus stärker zunahm, blieb der Anstieg bei den abhängig Beschäftigten deutlich zurück. Die Förderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (-111 000 Pers.) und die Förderung der Selbstständigkeit (-55 000 Pers.) waren in diesem Zyklus stark rückläufig. Die ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kann dennoch im elften Quartal dieses Aufschwungs einen kumuliert leicht höheren Zuwachs ausweisen (+759 000 Pers.) als im vorherigen Aufschwung (+653 000 Pers.). Im vorherigen Zyklus war der Aufbau an sozialversicherungspflichtigen Jobs allerdings unterzeichnet, da ein Teil der starken Expansion (+441 000 Pers.) der Minijobs – sie zählen zwar als ab-

Tabelle 1

Arbeitsmarktbilanz				
	Zyklus I 1998q2-2001q1		Zyklus II 2004q4-2007q3	
	Kumulativer Zuwachs über 11 Quartale			
	in %	1 000 Pers.	in %	1 000 Pers.
Reales BIP	7,10		7,21	
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen	1,32		2,38	
<i>Arbeitsproduktivität, je Stunde</i>	5,78		4,83	
Erwerbstätige	3,99	1.508	2,25	874
Selbstständige	2,48	96	3,87	166
dar. ungefördert ¹	2,67	102	5,53	221
Arbeitnehmer	4,16	1.412	2,05	708
dar. Minijobs ²		441		20
dar. Arbeitsgelegenheiten Mehraufwandsvariante		x		213
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2,51	684	1,93	648
dar. ungefördert ³	2,42	653	2,34	759
Erwerbspersonenpotenzial	1,00	439	-0,12	-56
Arbeitslose (BA-Def.)		-554		-732
Erwerbslose (ILO-Def.)		-643		-817

¹ Ohne Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss oder Ich-AG, Einstiegsgeld (Selbstständigkeit) und Gründungszuschuss.

² Ausschließlich geringfügig Beschäftigte; Zyklus I: 1999q2-2001q1

³ Ohne Beschäftigungsschaffende Maßnahmen (ABM, SAM, BSI), PSA, Kurzarbeit in Vollzeitäquivalent und Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante.

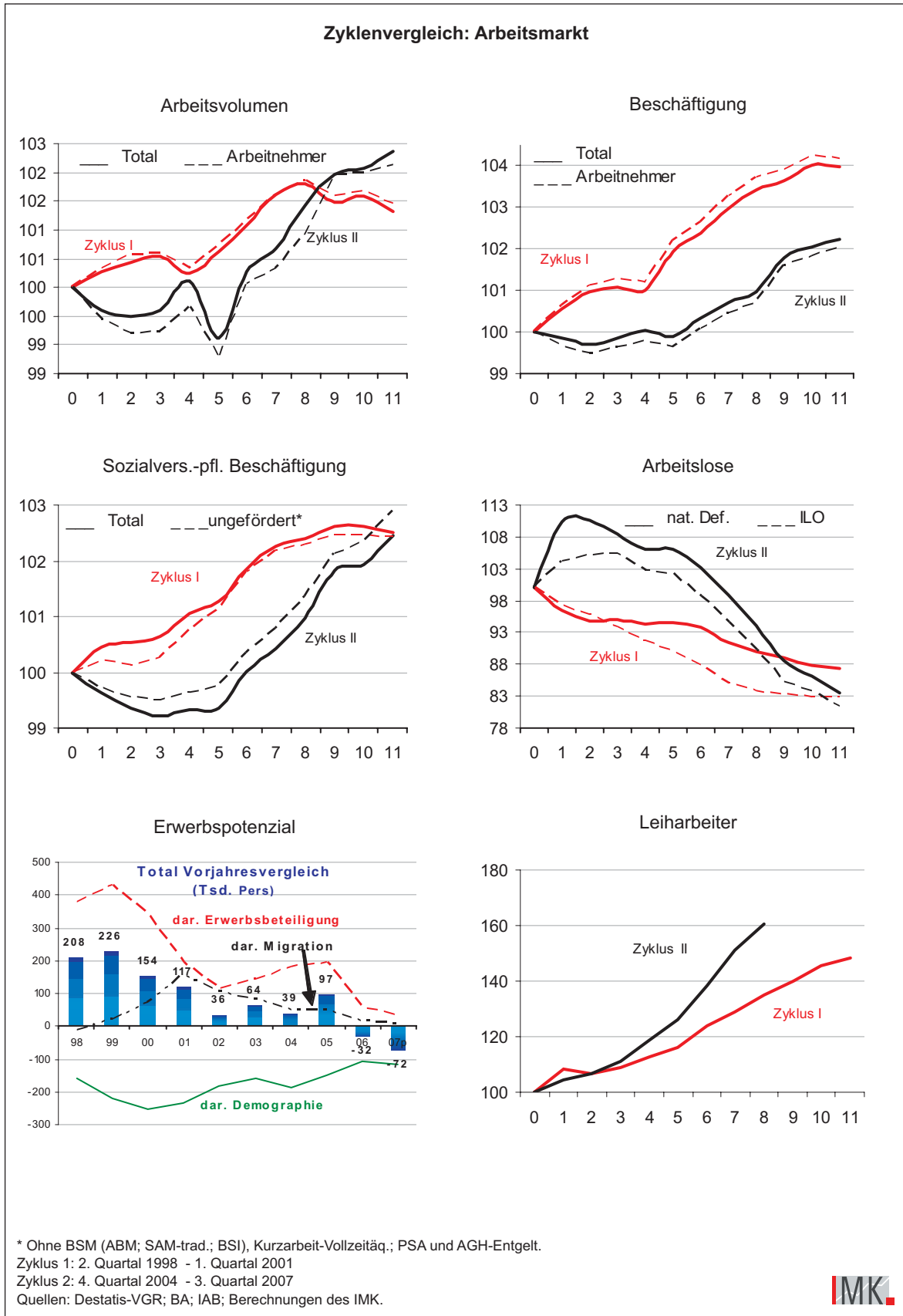
Quellen: Destatis; Bundesagentur für Arbeit, Bundesbank; IAB; Berechnungen des IMK.



hängig, jedoch nicht als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – zu Lasten von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stattfand. Dagegen stagnieren in diesem Aufschwung die Minijobs (+20 000 Pers.) auf hohem Niveau, so dass keine weitere Substitution stattfindet. Da die Förderung der abhängigen Beschäftigung durch die 2005 neu eingeführten Ein-Euro-Jobs den Rückgang der traditionellen Förderung vollkommen überkompensiert hat, kann die aktive Arbeitsmarktpolitik keine Erklärung für die in diesem Zyklus geringere Dynamik bei den abhängig Beschäftigten leisten. Im vorherigen Zyklus täuschte die starke Zunahme der Minijobs eine hohe Dynamik vor, die sich damals schon nicht in der Entwicklung des Arbeitsvolumens zeigte. Vermutlich erhöhte sie die rechnerische Stundenproduktivität und senkte gleichzeitig die Produktivität pro Beschäftigtem. Letztlich dürfte sich damit die Arbeitsmarktentwicklung in diesem Aufschwung normalisiert haben.

Angesichts eines im Saldo geringeren Arbeitsplatzaufbaus und nur wenig höherem Arbeitsvolumen im Vergleich zum vorherigen Aufschwung zeigen sich allenfalls bislang leicht positive Effekte der Arbeitsmarktreformen. Dass die Arbeitslosigkeit in diesem Aufschwung vergleichsweise stärker zurückgegangen ist, hat einen anderen Grund: Das Arbeitsangebot geht derzeit zurück, während es im vorherigen Aufschwung noch relativ stark zunahm. Neben der guten Konjunktur ist also ein nicht zu vernachlässigender demografischer Arbeitsangebotseffekt am Werk. Die Arbeitslosenzahl ist auch noch stark von den statistischen Effekten der Einführung von Hartz IV geprägt; nach der außerordentlichen Zunahme im Januar 2005 werden bis heute die Statistiken durch die "intensivere Betreuung von Arbeitslosen sowie die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus" bereinigt (Monatsberichte der BA) (Abbildung 4).

Abbildung 4



Geringe Lohnsteigerungen

Ein für einen Aufschwung völlig neues Phänomen ist, dass trotz der zum Teil sehr guten Konjunktorentwicklung die Löhne insgesamt kaum stiegen (Abbildung 5). So sind in diesem Aufschwung die Arbeitskosten je Stunde bisher nur um 2 % höher als zu dessen Beginn, im vorigen Zyklus belief sich der Zuwachs noch auf 7 %. Da sich in den letzten drei Jahren die Arbeitszeit der Beschäftigten kaum änderte, stiegen die Arbeitskosten je Beschäftigten ebenfalls um rund 2 %. Deflationiert sanken die realen Nettolöhne je Arbeitnehmer in diesem Konjunkturaufschwung um 3,5 %.

Eine Ursache hierfür liegt direkt im deutschen Lohnfindungsprozess. Die Tarifbindung nimmt seit Jahren stetig ab und innerhalb der Tarifverträge gibt es einen wachsenden Trend zur Flexibilisierung.¹ Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Ein wichtiger Faktor ist sicherlich der strukturelle wirtschaftliche Wandel, der von einer gewerkschaftlich gut organisierten Industriegesellschaft hin zu einer nur noch lose organisierten Dienstleistungsgesellschaft führt. Zudem bestehen Dienstleistungsbranchen aus kleineren Betrieben, bieten mehr Teilzeitarbeitsplätze und beschäftigen mehr Frauen und jüngere Menschen als in den industriellen Branchen; alles Beschäftigtengruppen, die sich bislang durch eine schwächere Tarifbindung und niedrige Stundenlöhne auszeichnen. Wie die Daten von Eurostat zeigen, nimmt der Unterschied in der Entlohnung zwischen dem industriellen Sektor und dem Dienstleistungsbereich in Deutschland immer mehr zu (Horn et al. 2007). Minijobs, für die sehr niedrige Stundenlöhne bezahlt werden, konzentrieren sich vor allem in den Dienstleistungsbranchen. Ein anderer Faktor, der direkt am Wirtschaftswandel anknüpft, ist die zunehmende Globalisierung. Die Zerlegung der Produktionsprozesse nimmt zwar verschiedene Formen an, hat letztlich aber dieselbe Konsequenz: Durch die Auslagerung verschiedener Tätigkeiten (IT, Kundenbetreuung, ...) außerhalb der Mutterkonzerne werden einem Teil der bisherigen Stammbesetzung die oft günstigeren Haustarifverträge entzogen. Anschließend haben diese Beschäftigten entweder keinen oder ungünstigere Tarifverträge in externen Firmen. Tatsächlich durchgeführte oder auch nur angedrohte Auslagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland führen dazu, dass die Haustarifverträge flexibilisiert und/oder die Effektivlohnentwicklung gedämpft wird. Diese Fak-

¹ Dies kann man auf verschiedene Aspekte beziehen: auf die zum Teil sehr niedrigen tariflichen Stundenlöhne (Bispinck 2007), auf die Erhöhung der geregelten Arbeitszeit, die Ausweitung der Arbeitszeitkonten (Bispinck 2005) und die Zunahme der Öffnungsklauseln (Bispinck 1999).

toren erklären zum Teil, warum die Lohnentwicklung in Deutschland in den vergangenen Jahren so schwach verlaufen ist.

Politisch gewollter Lohndruck

Eine entscheidende Rolle beim Aufbau des Lohndrucks spielten die Arbeitsmarktreformen, die teilweise schon in den 1990er Jahren implementiert worden sind und – gemäß dem OECD-Institutionenmonitor – sogar schon in den 1980er Jahren begonnen wurden (Bassanini/Duval 2006, Datenbank; Bothfeld 2007; Ebbinghaus/Eichhorst 2006; Deutsche Bundesbank 2005b, S.25). Ein Höhepunkt wurde jedoch unter der rot-grünen Regierung mit der Agenda 2010 und den sie begleitenden Hartz-Reformen erreicht.

Von den Reformen waren sehr breite Bereiche des Arbeitsmarktes betroffen. Besonders einige atypische² Beschäftigungsformen sind von Seiten der Arbeitsmarktpolitik stark gefördert worden: Minijobs, Midijobs, Zeitarbeit (PSA), Ich-AGs, sog. Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante). Die Umstrukturierung der Arbeitslosenunterstützung ist bislang weit vorangeschritten. Die Zielsetzung ging hauptsächlich in Richtung einer Reduzierung der Unterstützungshöhe durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe sowie der Neugestaltung der Anrechenbarkeit von Einkommen und einer Verschärfung der Bezugsbedingungen. Damit sollten vor allem die Anreize zur Arbeitsaufnahme verstärkt werden. Die Intention des Gesetzgebers war aber auch eine Budgetentlastung.

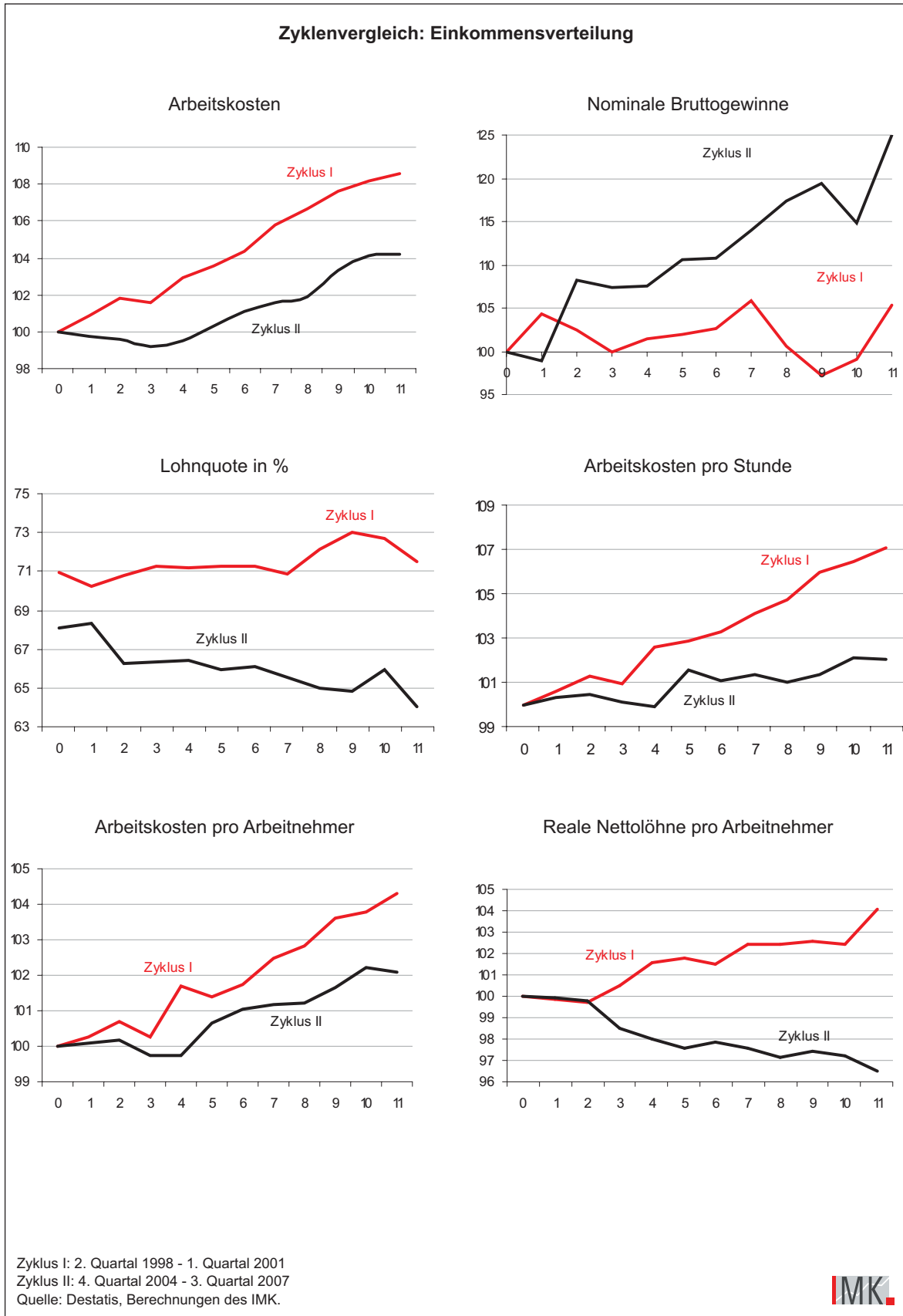
Durch die Deregulierungsgesetze wollte der deutsche Gesetzgeber bewusst atypische Beschäftigungsformen³ fördern. Die zugrunde liegende Hoffnung war, dass hier bislang ungenutzte Beschäftigungschancen liegen würden. Hauptursachen für Arbeitslosigkeit wurden in dem „zu kleinen“ Niedriglohnssektor (für Geringqualifizierte) und in der „zu geringen“ Flexibilität am Arbeitsmarkt gesehen. Durch diese Beschäftigungsarten wollte man neue Chancen nutzen und die vermeintliche Inflexibilität regulärer Jobs umgehen.

So hat sich der Anteil der Zeitarbeit an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zwischen 1994 und 2006 mehr als vervierfacht (0,5 % gegenüber 2,2 %; Bundesagentur für Arbeit (BA)) und betraf Ende

² Atypisch in verschiedenen Dimensionen. Ihre Abdeckung bei der Sozialversicherung ist niedriger als bei regulärer Beschäftigung, wie es bei den Minijobs, den Ich-AGs oder den Ein-Euro-Jobs der Fall ist (das heißt nicht, dass die Beschäftigten über keine Sozialversicherung verfügen, nur dass die ausgeübte Tätigkeit mit keinem Anspruch verbunden ist). Die Kündigungsbedingungen sind leichter (Minijobs) und der Grad der gewerkschaftlichen Organisation ist niedriger (Ich-AG, Mini- und Midijobs, Zeitarbeit).

³ Für einen Überblick siehe Keller/Seifert (2006).

Abbildung 5



2006 mehr als 600 000 Personen. Diese Beschäftigungsart macht einen noch relativ kleinen Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus. Die Leiharbeitsplätze sind oft aus der Auslagerung von Dienstleistungen der Mutterkonzerne an Subunternehmen entstanden. Die Arbeitnehmer in den Subunternehmen stehen im Hinblick auf Arbeitsbedingungen und Lohnhöhe zumeist schlechter da (Nienhüser/Matiske 2003; Promberger 2006).

Befristete Arbeitsplätze sind ebenfalls zahlreicher geworden. Während zwischen 2000 und 2002 noch ein Rückgang eintrat, sind im Jahr 2006 bereits 14,5 % der Arbeitsverträge befristet (Eurostat). Der Anteil an Teilzeitarbeit nimmt ebenfalls stetig zu; der große Anstieg an Minijobs, die per se Teilzeitarbeitsplätze sind, hat zu diesem Trend beigetragen. Auch wenn man nur die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (ohne Minijobs und ohne Ein-Euro-Jobs in der Mehraufwandsvariante) betrachtet, dann ist auch dort der Teilzeitanteil von 13,4 % 1999 auf 17,6 % 2006 (BA und eigene Schätzung) gestiegen.

Darüber hinaus trugen die weit reichende Kombilohnregelung durch Mini- und Midijobs seit 1999 sowie die Aufstockungsmöglichkeiten von ALG-II-Empfängern seit 2005 dazu bei, die Löhne in regulärer Beschäftigung unter Druck zu setzen: Die verringerten Arbeitnehmersozialbeiträge, die mit Mini- und Midijobs einhergehen, sind de facto eine Lohnsubvention für Löhne bis 800 €/Monat. Minijobs zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen sehr hohen Niedriglohnanteil (niedriger als 2/3 des Medianstundenlohns) aufweisen (Bosch/Kalina 2007). Es kann daher angenommen werden, dass die Beitragsreduzierungen letztendlich den Arbeitgebern in Form von niedrigen Bruttolöhnen zugute kamen. Darüber hinaus wird vermutet, dass zumindest in den ersten Jahren der Reform viele sozialversicherungspflichtige Jobs in Minijobs umgewandelt wurden (Rudolph 2003; SVR 2004, Kasten 12). Die Frage von massiven Substitutionen wird allerdings kontrovers diskutiert (BA 2004; Deutsche Bundesbank 2005a, S. 40-41). Aus beiden Gründen – hoher Niedriglohnanteil und teilweise Substitution – üben diese subventionierten Beschäftigungsformen einen Lohn- druck nach unten aus.

Der Einfluss von Kombilöhnen in Form einer Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge ist ein gut erforschtes Phänomen in Frankreich, einem Land mit einer langen Tradition dieser Art von Lohnsubvention (seit 1993). Danach schaffen Kombilöhne eine Niedriglohnfalle (L'Horty 2006; Rémy 2005). Das Problem ist für Deutschland von besonderer Bedeutung, weil im Gegensatz zu Frankreich keine Lohnuntergrenze in Form eines Mindestlohns existiert. Die Möglichkeiten

zur Aufstockung für ALG-II-Bezieher geben den Unternehmen faktisch uneingeschränkte Möglichkeiten, die Löhne auf Kosten der Steuerzahler nach unten zu drücken. Tatsächlich kann ein ALG-II beziehender Arbeitsloser bis zu 15 Stunden/Woche arbeiten, ohne seinen Arbeitslosenstatus zu verlieren. Die Arbeitsstunden sind dabei kein Kriterium *stricto sensu*, um ALG-II zu beziehen. Die ersten 100 € (netto) aus einer Erwerbstätigkeit sind anrechnungsfrei, die nächsten 700 € werden mit 80 % angerechnet, die nächsten 400 € mit 90 %, erst über 1200 €/Monat findet eine 100-prozentige Anrechnung statt. Diese Grenzen erhöhen sich mit dem Familienstatus. (Die hier angegebenen Werte sind für eine/n Alleinstehende/n ohne Kinder) Hierbei handelt es sich also auch um eine Form des Kombilohns.

Lohnspreizung nimmt weiter zu

Mit der zunehmenden Ausweitung von Formen atypischer Beschäftigung und der Zahl von erwerbstätigen ALG-II-Beziehern („working poor“), ist nicht nur die Lohnentwicklung insgesamt geringer ausgefallen, sondern hat auch die Lohnspreizung zugenommen, da vor allem die Arbeitnehmer mit niedrigeren Löhnen von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt wurden. Dies wird von einer Reihe von Studien bestätigt.

Brenke (2007) stellt für den Zeitraum 1996 bis 2005 anhand von SOEP-Daten fest, dass die Spreizung der Bruttostundenlöhne stetig gestiegen ist. Dieses Ergebnis gilt auch nach Korrektur für variierende Tätigkeitsabgrenzungen sowie für eine getrennte Ost/West-Betrachtung. Die Lohnspreizung wurde auch nicht durch sozialstaatliche Mechanismen ausgeglichen, denn die Nettostundenlöhne (auch korrigiert um Änderungen der Tätigkeiten) spreizen sich ebenfalls zunehmend. Andere Studien, die auch auf SOEP-Daten basieren, kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Gernandt/Pfeiffer (2007) etwa, die nur die 25- bis 55-jährigen abhängig beschäftigten Männer (eine Gruppe mit einer relativ stabilen durchgehenden Erwerbsbeteiligung) betrachten, schätzen, dass 30 % des im Westen beobachteten Ungleichheitsanstiegs von Änderungen in der Qualifikationsstruktur verursacht wird. Die restlichen 70 % werden von den Autoren insbesondere auf Arbeitslosigkeit und den induzierten Lohndruck nach unten zurückgeführt. Die Studie von Bach/Steiner (2007) verbindet Daten des SOEP und der Einkommensteuerstatistik miteinander. Der zweite Datensatz hat den Vorteil, dass er die hohen Einkommen besser erfasst; sein Nachteil liegt darin, dass er viel später zur Verfügung steht und nicht alle Jahre für Auswertungen enthält. Das Gesamturteil der Studie lautet, dass die realen Einkommen (dabei vor allem die Lohneinkommen) zwischen 1992 und

2001 nicht gestiegen sind, und dass das reale Medianeinkommen sogar sank. Auch der Sachverständigenrat (2007, Tabellen 59 und 60) konstatiert, dass Markt wie Nettoeinkommen und das reale Medianeinkommen zurückgegangen sind. Der Gini-Koeffizient⁴ ist seit den 1990er Jahren bis zuletzt gestiegen.

Von Bedeutung ist auch die Tatsache, dass die Einkommensmobilität (die Wahrscheinlichkeit, aus einem Niedriglohnjob aufzusteigen) zunehmend geringer ausfällt (Rhein et al. 2005; Bosch/Kalina 2007, S. 43-45), was die sozialen Konsequenzen der Lohnspreizung umso gravierender macht. Der Zusammenhang zwischen Armut und Niedriglohn ist per se nicht zwangsläufig, weil Armut eher erwerbslose Menschen trifft. Nichtsdestotrotz sind zunehmende Lohnspreizung und ansteigende Armut parallele Vorgänge (Bosch/Kalina 2007, S. 45-47; Destatis 2006, S. 607-624): Einkommensmobilität ist positiv mit der konjunkturellen Entwicklung korreliert, und das schwache Wachstum vieler Jahre hat die relative Lage der Ärmern nicht verbessert.

Höherer Preisaufrtrieb

Neben der schwachen Lohndynamik hat aber auch der stärkere Preisaufrtrieb zur Einkommenschwäche beigetragen. Ein Unterschied beim Zuwachs des nominalen BIP zwischen den beiden Zyklen – gut 9 % im derzeitigen Aufschwung gegenüber einem Anstieg von nur 8 % im vorigen – gibt einen ersten Hinweis auf eine vergleichsweise stärkere Preisentwicklung im derzeitigen Zyklus. Zu Beginn des vorigen Aufschwungs hatten die Importpreise stark nachgegeben, um dann anschließend wieder kräftig zuzulegen. Im derzeitigen Zyklus gab es anfangs nicht diesen entlastenden Effekt bei den Einfuhrpreisen. Doch auch bei steigenden Importpreisen verlief die Entwicklung der *Terms of Trade* in den vergangenen Jahren erheblich stetiger als im vorangegangenen Zyklus. Nach knapp drei Jahren hat Deutschland gerade einmal einen *Terms of Trade*-Verlust von einem Prozent erlitten. Die Euro-Aufwertung der vergangenen Jahre hat die internationalen Preisschübe insbesondere bei Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln zwar nicht vollständig, doch zu einem guten Teil ausgeglichen. Allerdings hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte im Januar 2007 deutliche Preiseffekte ausgelöst. Insgesamt hat der Deflator des privaten Konsums in diesem Aufschwung nach knapp drei Jahren um gut 4 % zugelegt und damit merklich zur gegenwärtigen Konsumschwäche beigetragen, während er im vorigen Aufschwung

⁴ Ungleichheitsmaß: Ein Wert von Null würde eine vollkommene Gleichverteilung der Einkommen anzeigen, während ein Wert von Eins die maximal mögliche Ungleichheit bezeichnet.

gerade einmal um knapp zweieinhalb Prozent zunahm. Die Gewinnsteigerungen sind allerdings auch ein Indikator für höhere Gewinnmargen der Unternehmen und einen ungenügenden preislichen Wettbewerb.

Der unbalancierte Aufschwung

Mit Hilfe makroökonomischer Modelle lässt sich simulieren, wie sich Preise, Beschäftigung, Löhne und Gewinne unter bestimmten anderen Rahmenbedingungen und Politikmaßnahmen entwickelt hätten. Damit lassen sich die Bestimmungsgründe für die schwache Einkommensentwicklung ermitteln. Bereits eingangs wurde die in diesem Konjunkturaufschwung vergleichsweise nachteilige Entwicklung der Importpreise erwähnt. Auf diesen außenwirtschaftlichen Faktor hat die Wirtschaftspolitik kaum Einfluss. Als zweiter Faktor ist die Finanzpolitik, die direkten Einfluss auf die Höhe der Transfereinkommen an die privaten Haushalte und den Anteil der indirekten Steuern am BIP hat, zu nennen. Die Lohnentwicklung wiederum hat Einfluss auf die Nachfrage, die Preise und die Wettbewerbsfähigkeit. Für diese ausgewählten Einflüsse lassen sich die jeweiligen Wirkungen auf Konjunktur und Einkommensverteilung mit Hilfe des makroökonomischen Modells des IMK⁵ ermitteln. Bezugspunkt dafür stellt wieder die jeweilige Entwicklung im vorherigen Konjunkturaufschwung dar. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl an weiteren Einflussfaktoren auf Konjunktur und Verteilung, denen an dieser Stelle jedoch nicht weiter nachgegangen wird.

Als erstes wird eine Importpreisentwicklung wie im vorherigen Zyklus simuliert. Nahezu parallel zur Entwicklung der Importpreise verlief auch die Entwicklung der Exporte in Länder außerhalb des Euroraums, der USA und Großbritanniens: Ein Rückgang der deutschen Importpreise im Jahr 1999 ging einher mit einer Reduzierung der Exporte in den (so definierten) Rest der Welt. So führten z.B. niedrigere Ölpreise auch zu verminderten Exporten in die Öl produzierenden Länder. Daher werden – als grobe Annäherung – zum Vergleich der Importpreisentwicklung auch gleichzeitig die Exporte in den Rest der Welt wie im vorherigen Aufschwung simuliert. Folgt man den Ergebnissen der Modellsimulationen, dann haben – im Vergleich zur Entwicklung im vorangegangenen Aufschwung – die höheren Importpreise und die bessere Exportentwicklung wegen der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit das Wachstum tendenziell erhöht, gleichzeitig jedoch die realen Nettolöhne je Beschäftigten um bis zu eineinhalb Prozent reduziert (Abbildung 6). Der

⁵ Das Modell wurde in der Vergangenheit mehrfach zu wirtschaftspolitischen Analysen herangezogen (IMK 2007a; IMK 2007b).

reale private Konsum wurde durch die vergleichsweise höhere Preisentwicklung letztlich um ein Prozent reduziert. Auf die Lohnquote hatte der Importpreis- und Exportschub allerdings mittelfristig keine Auswirkung.

Dagegen zeigen sich deutlich negative Wachstumseffekte, wenn man die gegenwärtige Finanzpolitik mit der im vorigen Aufschwung vergleicht. Das Wachstum wurde durch die Kürzungen der Transferzahlungen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2007 um bisher knapp einen Prozentpunkt gedrückt. Für 2007 wäre ansonsten ein Zuwachs des BIP von mehr als 3 % erreichbar gewesen. Sogar für das Jahr 2008 ist noch mit weiteren negativen Folgewirkungen zu rechnen. Denn die Modellsimulationen zeigen, dass der Anpassungsprozess der Konsumausgaben an die verschlechterte Einkommenssituation noch nicht abgeschlossen ist. Zwar wurde die Lohnquote kaum be-

einflusst, doch das durch die höhere Mehrwertsteuer induzierte höhere Preisniveau verringerte in Kombination mit den Kürzungen der Transferzahlungen an die privaten Haushalte das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um bis zu 3 %, was kurzfristig den realen privaten Konsum um knapp eineinhalb Prozent drückte.

Nicht ganz so gravierend für das Wachstum, aber umso bedeutender für die realen Nettoverdienste der Beschäftigten, war die Abweichung der Effektivlohnentwicklung von ihrem Pfad im vorigen Zyklus. Allein aufgrund der geringeren Lohnsteigerungen in den letzten drei Jahren büßten die realen Nettolöhne je Beschäftigten rund dreieinhalb Prozent ein. Das blieb nicht ohne Folgen für das Wachstum. Zwar haben die geringen Lohnsteigerungen dem Export geholfen, doch der private Verbrauch, mit 55 % noch immer größte

Abbildung 6a

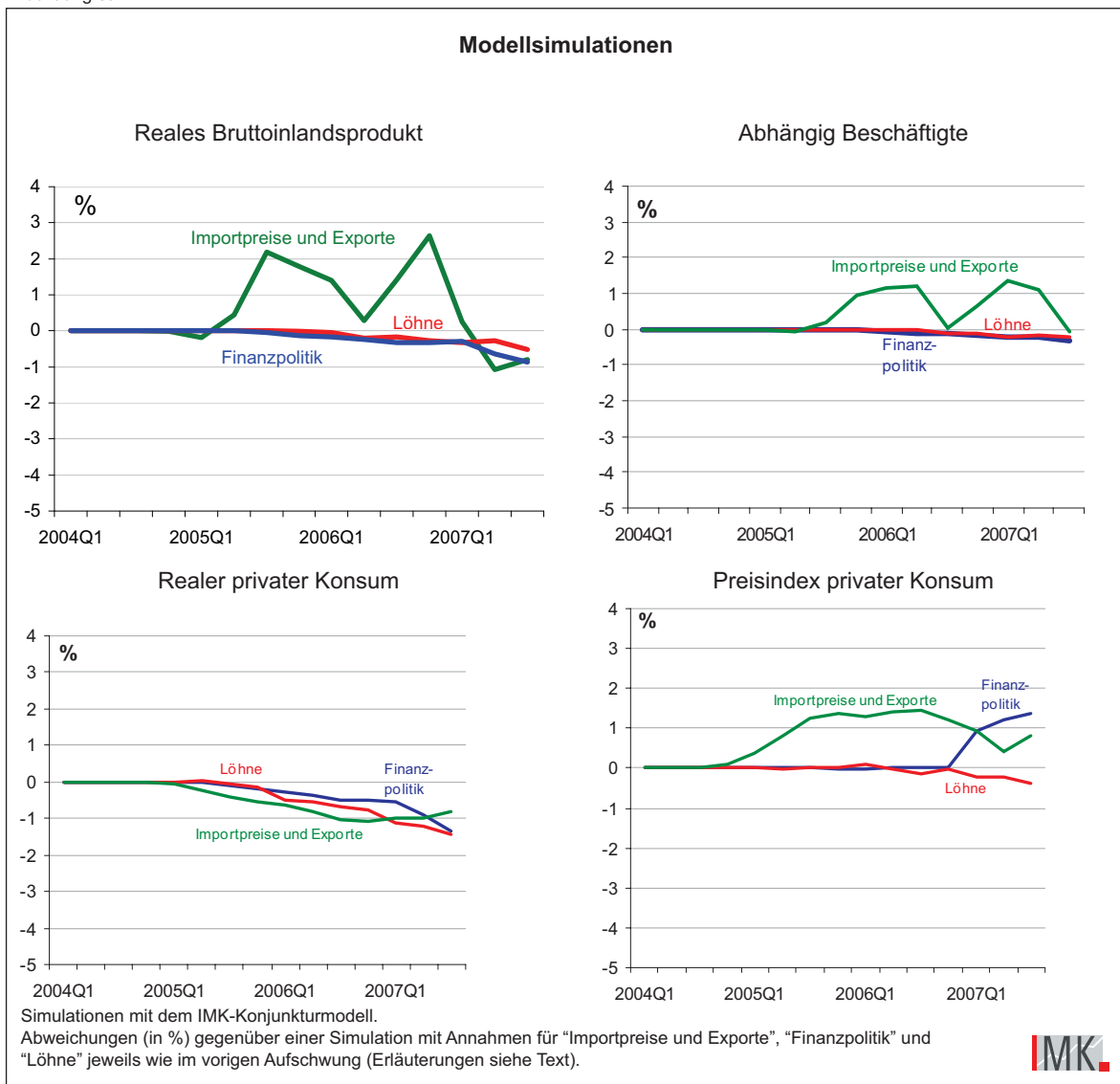
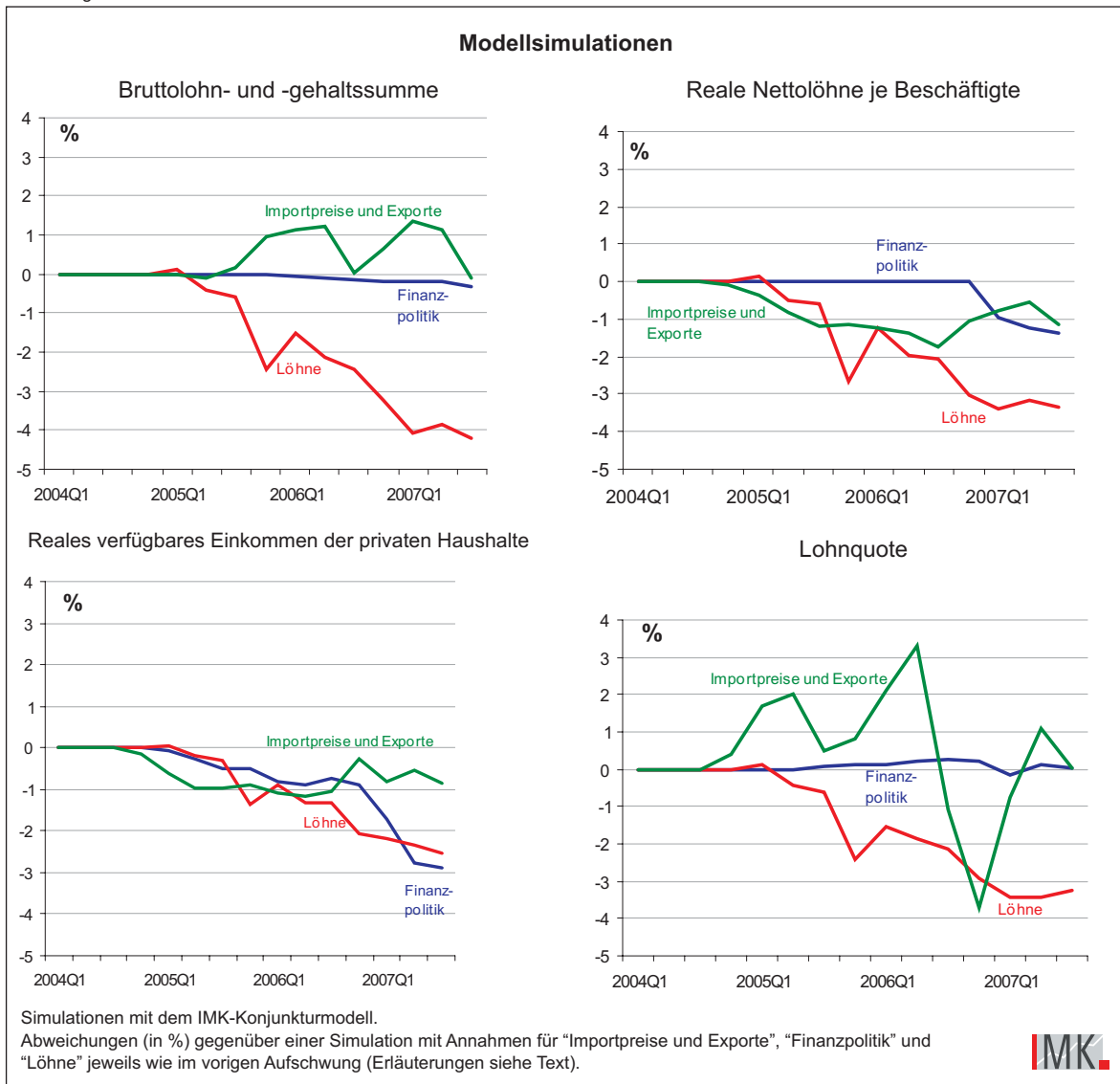


Abbildung 6b



Komponente des BIP, blieb auf der Strecke. Insgesamt ging dadurch etwa ein halber Wachstumspunkt beim BIP verloren. Gleichzeitig wurde die Lohnquote um über drei Prozent gesenkt, die Bruttogewinne legten zusätzlich um bis zu 5 % zu. Damit hat die zurückbleibende Lohnentwicklung nicht nur einen Wachstumsdämpfer erzeugt, sondern auch gravierende Verteilungseffekte. Aufgrund der verzögerten Kopplung der Rentenhöhe an die Lohnentwicklung waren auch die Rentner davon betroffen.

Betrachtet man die hier simulierten Auswirkungen von Wirtschaftspolitik und Lohnentwicklung in diesem Aufschwung zusammen, dann „addieren“ sich die jeweiligen negativen Folgen für den privaten Konsum. Reallohnrückgänge, Kürzungen der Transfers an die privaten Haushalte und die Mehrwertsteueranhebung

zu Beginn 2007 reduzierten den privaten Verbrauch deutlich. Das schlug auch auf das Wachstum durch. Beides zusammen führte zwar zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen, aber auch zu einem Wachstumsverlust von rund 1 ½ Prozentpunkten. Vor allem waren die Lasten ungleich verteilt. Die Beschäftigten und die Transfereinkommensbezieher erlitten Verluste, während die Gewinneinkommensbezieher profitierten.

Weiterhin schwacher Verbrauch?

Trotz eines dreijährigen Konjunkturaufschwungs ist die reale Einkommenssituation vieler Haushalte heute schlechter als zuvor. Und aufgrund der Reformen des Sozialsystems müssen sie heute auch mehr privat für das Alter und andere Lebensrisiken vorsorgen. Wer also hat vom Aufschwung profitiert? Nicht die Masse

der Arbeitnehmer, nicht die Transfereinkommensbezieher. Wohl aber jene, die einen Job gefunden haben und diejenigen, die gut verdienen – und, vor allem die Personen, die Gewinneinkommen beziehen.

Vielfach wird erwartet (GD Herbst 2007), dass angesichts der anhaltenden internationalen Finanzmarkturbulenzen und einer drohenden Rezession in den USA in diesem Jahr Deutschlands Konjunktur durch einen deutlich steigenden privaten Konsum auf Expansionspfad gehalten werden kann. Dank höherer Lohnabschlüsse sollen die realen Nettolöhne der Beschäftigten wieder zunehmen. Vor dem Hintergrund der Vergangenheit könnte sich diese Hoffnung als trügerisch erweisen. Der gesamtwirtschaftliche Lohnanstieg wird in diesem Jahr bei weitem nicht so hoch ausfallen, als dass der private Konsum zum rasanten Zuggpferd der Konjunktur werden könnte. Zudem sind die Beschäftigten gezwungen, einen Teil ihres Nettoeinkommens zu sparen, um das in Zukunft sinkende Rentenniveau auszugleichen. Die Wirtschaftspolitik hat die Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte über die Senkung der Versorgungsniveaus, reduzierte Leistungszeiten, stärkere Anrechnung von Vermögen beim ALG-II und Förderung von Riesterverträgen gezielt herbeigeführt. Nachdem die Sparquote über lange Zeit trendmäßig gefallen ist, steigt sie seit dem Jahr 2001 an.

Steigende Preise für Nahrungsmittel und Energie werden zudem auch in diesem Jahr die Nominaleinkommen reduzieren. Der von vielen als Belohnung für die Lohnzurückhaltung versprochene erhebliche zusätzliche Beschäftigungsanstieg hat sich so nicht eingestellt. Bei gleich starkem Wachstum wie im vorherigen Aufschwung hat die Zahl der Beschäftigten insgesamt in diesem Aufschwung etwas weniger, die der sozialversicherungspflichtigen dagegen etwas stärker zugenommen als im vorherigen. Die versprochene Beschäftigungsdividende für Lohnmoderation und Arbeitsmarktflexibilisierung fiel damit aus, der – erzwungene – Verzicht auf angemessene, an Inflationsziel und Produktivitätssteigerung orientierte Lohnsteigerungen hat sich letztlich nicht gelohnt. Dafür stiegen die Dividenden und Kursgewinne der Aktienbesitzer umso mehr. Die Gewinne der Unternehmen sind geradezu explodiert. Bei nachlassender Weltkonjunktur und schwacher Binnennachfrage werden diese Gewinne aber nicht automatisch investiert. Und da die Sparquote von Gewinneinkommensbeziehern überdurchschnittlich hoch ist, leidet der private Konsum nicht nur unter den gestiegenen Sparanstrengungen der Arbeitnehmer, sondern auch unter der Umverteilung von den Löhnen hin zu den Gewinnen (Deutsche Bundesbank 2007, S. 41-56). Woher also soll der prognostizierte starke Anstieg des privaten Verbrauchs kommen?

Literaturverzeichnis

Bach, S./Steiner, V. (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche, DIW Wochenbericht, Nr. 13, S.193-198, Berlin.

Bassanini, A./Duval, R. (2006): Employment Patterns in OECD Countries: Reassessing the Role of Policies and Institutions, Social, employment and migration working papers 35, OECD

Bundesagentur für Arbeit (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland, Sonderbericht, Nr. 12, Nürnberg.

Bispinck, R. (1999): Das Märchen vom starren Flächentarifvertrag - Eine Analyse von tariflichen Öffnungsklauseln aus über 100 Tarifbereichen, WSI-Tarifarchiv (Hrsg.), Reihe: Elemente qualitativer Tarifpolitik, Nr. 37, Düsseldorf.

Bispinck, R. (2005): Immer flexibler - und immer länger? Tarifliche Regelungen zur Arbeitszeit und ihrer Gestaltung. Eine Analyse von 24 Tarifbereichen, WSI-Tarifarchiv (Hrsg.), Reihe: Elemente qualitativer Tarifpolitik, Nr. 57, April, Düsseldorf.

Bispinck, R. (2007): Unterste Tarifvergütungen 2007 - Ausgewählte Tarifbereiche mit unterster Tarifgruppe und Laufzeitende der Vergütungstarifverträge, WSI-Tarifarchiv (Hrsg.), Reihe: Elemente qualitativer Tarifpolitik, Nr. 63, Düsseldorf.

Brenke, K. (2007): Zunehmende Lohnspreizung in Deutschland, DIW Wochenbericht, Nr. 6, S. 73-79, Berlin.

Bosch, G./Kalina, T. (2007): Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen, Bosch G./Weinkopf C. (Hrsg.), Arbeiten für wenig Geld – Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Campus Verlag, S. 20-105, Frankfurt/Main.

Bothfeld, S. (2007): Labour Market Institutions in Germany: Current Status and Ongoing Reforms, WSI-Discussion Paper Nr. 152.

Destatis, (2006): Datenreport 2006, Zahlen und Fakten über die BRD, Kap. 18, Wiesbaden.

Deutsche Bundesbank (2005a): Monatsbericht, Nr. 2/2005, Frankfurt/Main, Februar.

Deutsche Bundesbank (2005b): Monatsbericht, Nr. 7/2005, Frankfurt/Main, Juli.

Deutsche Bundesbank (2007): Monatsbericht, Nr. 9/2007, Frankfurt/Main, September.

Ebbinghaus, B./Eichhorst, W. (2006): Employment Regulation and Labor Market Policy in Germany, 1991-2005. IZA-Discussion Paper Nr. 2505, Dezember.

Gernandt, J./Pfeiffer, F. (2007): Zunehmende Ungleichheit der Arbeitsverdienste, in: ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, September, S. 10-11.

GD (Herbst 2007): Aufschwung legt Pause ein - Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007, IMK Report, Nr. 23, Oktober 2007, Düsseldorf.

Grabka, M./Frick, J. (2007): Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, DIW Wochenbericht, Nr. 45, S. 665-672, Berlin.

Horn, G./Logeay, C./Stephan, S./Zwiener, R. (2007): Preiswerte Arbeit in Deutschland – Auswertung der aktuellen Eurostat Arbeitskostenstatistik, IMK Report, Nr. 22, September 2007.

Horn, G./Rietzler, K. (2007): Forcierte Angebotspolitik löst keinen zusätzlichen Investitionsschub aus. Ein Zyklusvergleich, IMK Report, Nr. 24, November 2007.

IMK (2007a): Der Aufschwung geht weiter - Frühjahrsprognose des IMK für 2007, IMK Report, Nr. 19, April 2007, Düsseldorf 2007.

IMK (2007b): Der Abschwung kommt - Prognose der wirtschaftlichen Lage 2008, IMK Report, Nr. 25, Dezember 2007, Düsseldorf 2007.

Keller, B./Seifert, H. (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, WSI Mitteilungen, Nr. 5, S. 235-240, Düsseldorf.

L'Horty, Y. (2006): Dix ans d'évaluation des exonérations sur les bas salaires, Connaissance de l'emploi, n°24/janvier.

Nienhüser, W./Matiaske, W. (2003): Der Gleichheitsgrundsatz bei Leiharbeit - Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern im europäischen Vergleich, WSI Mitteilungen, Nr. 8, S. 466-473, Düsseldorf.

Promberger, M. (2006): Leiharbeit - Flexibilität und Prekarität in der betrieblichen Praxis, WSI Mitteilungen, Nr. 5, S. 263-268, Düsseldorf.

Rémy, V. (2005): Eléments de bilan sur les travaux évaluant l'efficacité des allègements de cotisations sociales employeurs, Document d'étude de la DARES, Nr. 101/Juillet.

Rhein, T./Gartner, H./Krug G. (2005): Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert, IAB-Kurzbericht, Nr. 03/13, März.

Rudolph, H. (2003): Mini- und Midi-Jobs: Geringfügige Beschäftigung im neuen Outfit, IAB-Kurzbericht, Nr. 6/23, Mai.

SVR (2004): Erfolge im Ausland - Herausforderungen im Inland; Jahresgutachten 2004/2005, Wiesbaden, Kasten 12.

SVR (2007): Das Erreichte nicht verspielen; Jahresgutachten 2007/ 2008, Wiesbaden, Ziffern 481-492.

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Gustav A. Horn
Pressekontakt: Rainer Jung 0211 7778-150

Druck: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.